

# JULIMAGAZIN

Ausgabe 03/2022



**Aufbruch**

**Der Tankrabbat - eine gute Idee?**

**Das Weltwirtschaftsforum**

**Chatkontrolle**

# INHALT

1. Chatkontrolle
2. Frühkindliche Bildung
3. Weltwirtschaftsforum
4. Atomkraft
5. Freie Privatstädte
6. Tankrabatt
7. Artenschutz und Windenergie
8. 9-€-Ticket

## CHEFREDAKTION



Torben Hundsdörfer



Sina Behrend

Liebe Julis,

wir hoffen, es geht euch den Umständen entsprechend gut ... Wir sind sicher, dass uns die letzte Wahl allen noch irgendwie in den Knochen sitzt, aber davon dürfen wir uns nicht entmutigen lassen.

Im Gegenteil: Wir brauchen einen neuen Aufbruch für den Liberalismus in unserem Land. Und darum trägt auch unser Magazin den Titel „Aufbruch“ - wir wollen mit euch einen Blick die Zukunft wagen.

Dazu warnt uns Marc vor den Chatkontrollplänen der EU und Tim zeigt uns seine Vision von frühkindlicher Bildung. Alexander schreibt über das Weltwirtschaftsforum und Ashad positioniert sich zu Atomkraft. Außerdem haben wir gleich zwei Pro-Contra-Artikel: Einmal diskutieren Philipp und Felix über den Tankrabatt, und wir als Redaktion haben uns mit dem 9-€-Ticket auseinandergesetzt. Ihr dürft euch außerdem auf Alex' Text zu freien Privatstädten und einen Artikel von Nancy und Moritz über Artenschutz freuen.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

Eure

Sina & Torben

# DAS INTERNET ALS GRUNDRECHTSFREIER RAUM?

Vor zwanzig Jahren mussten westliche Politiker nur ein Zauberspruch sagen, um Bürgerrechte einschränken zu können: Terrorismus. Im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 kam es zu einer Welle an neuen Sicherheitsgesetzen, welche die rechtsstaatliche Balance empfindlich störten. Selbst diese scharfen Gesetze reichten freilich nicht aus, um das im Namen der nationalen Sicherheit begonnene heimliche Überwachen der Bevölkerung durch die NSA und andere Geheimdienste zu rechtfertigen. Welchen Umfang dies angenommen hat, zeigen die Enthüllungen Edward Snowdens eindrücklich.

Heute erleben wir eine neue Welle von Überwachungsmaßnahmen, und auch diesmal hat die Politik ein Schlagwort, das Bürgerrechtler verstummen lassen soll: Kindesmissbrauch. Besonders Ursula von der Leyen hat dies zu einem zentralen Thema ihrer politischen Laufbahn gemacht: Als deutsche Ministerin setzte sie sich für Netzsperrungen ein, was ihr den Beinamen „Zensursula“ einbrachte. Nun hat die von ihr geführte EU-Kommission sich ein neues Überwachungsinstrument ausgedacht: die „Chatkontrolle“. Unterdessen kämpfen innenpolitische Hardliner immer noch dafür, die Vor-

ratsdatenspeicherung gegen alle Widerstände aus Karlsruhe und Luxemburg durchzuboxen. Zusammen mit den Diskussionen um Klarnamenpflicht, Uploadfilter und Gesichtserkennung für den Pornografie-Konsum – leider keine Satire – ergibt sich ein trübes Bild. Ist das Internet ein grundrechtsfreier Raum?

## Privatsphäre: Grundrecht, kein verzichtbarer Luxus

Kritiker von Überwachungsmaßnahmen bekommen reflexhaft zu hören, dass diejenigen, die nichts zu verbergen hätten, auch nichts zu befürchten hätten. Diese Logik ist unvereinbar mit der Vorstellung von Privatsphäre. Sie impliziert, dass jeder Mensch grundsätzlich alles aus seinem Leben dem Staat zeigen muss und das Bedürfnis, allein, anonym oder ungestört zu sein, Ausdruck eines kriminellen oder zumindest sozial schädlichen, unsolidarischen Lebensstils sei. Dahinter steht nicht das Bild eines freien Bürgers, sondern das eines Untertanen. Jeder Mensch hat Gründe für den Schutz seiner Privatsphäre. Freundschaften und Partnerschaften beruhen wesentlich auf dem Vertrauen, sich frei aussprechen zu können. Der Mensch ist ein soziales Wesen, das seine Gedanken und Gefühle, seine

Erlebnisse, seine Schwächen und schlimmsten Momente mitteilen möchte, aber darauf setzt, dass sie nicht in die falschen Hände gelangen. Sensible Informationen über die eigene Gesundheit, Sexualität, Weltanschauung oder andere Lebensbereiche gehen weder die Öffentlichkeit noch den Staat etwas an. Ein gläserner Bürger wäre vor allem ein ängstlicher, sich aus Angst vor Intoleranz und Verfolgung möglichst unauffällig und durchschnittlich verhaltender Bürger – in Wahrheit eben kein Individuum mehr, sondern ein durch den ständigen Überwachungsdruck in Reih und Glied gebrachter Teil der Masse. Das war auch das Ideal aller totalitären Ideologien und ihrer menschenverachtenden Spitzel-, Denunziations- und Überwachungssysteme. Privatsphäre ist ein Menschenrecht.

## Der Zweck heiligt nicht jedes Mittel

Bürgerrechtlern wird gerne vorgeworfen, sie nähmen den Schutz der Bevölkerung nicht ernst. Liberale stünden, so die gelegentliche Zuspitzung, doch eigentlich auf der Seite der Täter und würden sich mitschuldig machen. Eine



solche Rhetorik ist nicht nur brandgefährlich, weil sie den politischen Gegner nicht mehr als zu respektierenden Konkurrenten im politischen Meinungskampf betrachtet, sondern auch, weil er so in letzter Konsequenz zur Gefahr für das Land wird, die es abzuwehren gilt – dies lässt Raum für gewaltvolle Gedankengänge.

Hinter diesen Vorwürfen steht auch der Gedanke, dass der Zweck jedes Mittel heilige, dass Freiheit der Sicherheit geopfert werden müsse. Dass Freiheit und Sicherheit beide verloren gehen, wenn man letztere ersterer vorzieht, ist zwar schon von Benjamin Franklin formuliert worden, aber bis heute leider nicht jedem verständlich. Auch gilt, mag auch der konkrete Zweck noch so wichtig sein, mag es um Terror, Mord oder Kindesmissbrauch gehen, die unverändert aktuelle Einsicht – „Experience should teach us to be most on our guard to protect liberty when the Government's purposes are beneficent.“ (Justice Brandeis, 1928).

Denn mit dem Ziel, Straftaten zu bekämpfen, lässt sich jede Freiheit abschaffen. Jedes Grundrecht ist ein potenzielles Hindernis. Die Forderung nach Sicherheit ist verständlich, aber totalitär, wenn ihr keine Grenzen gesetzt werden. Die Unverletzlichkeit der Wohnung, der Schutz der Privatsphäre als Rückzugsraum gehören zu diesen Grenzen. Ebenso das Recht, seine Meinung unbefangen und ohne Angst vor ständiger Überwachung und dauerhafter Speicherung sagen zu dürfen. Briefgeheimnis, Fernmeldegeheimnis und ihre digitalen Äquivalente. Diese Grundrechte stellen einen Handlungsrahmen bereit, in dem sich jeder Mensch in all seiner Individualität entfalten kann. Dabei gilt: Jede staatliche Maßnahme muss gerechtfertigt werden, nicht das Handeln des Bürgers in Freiheit. Der Staat braucht einen guten Grund – und er muss das mildeste Mittel nehmen. Und selbst wenn das Mittel erforderlich ist, muss es auch angemessen sein, also dem Einzelnen sein Verlust an Freiheit zumutbar sein. Verhältnismäßigkeit ist die Mauer, an der sich alle Träume von totaler Überwachung brechen müssen.

## Nein zur Chatkontrolle

Die Chatkontrolle ist das geistige Erbe der Vorratsdatenspeicherung. Jeder Kommunikationsinhalt soll

künftig durchleuchtet werden können, Texte nach Stichwörtern durchsucht, Fotos gescannt werden. Es handelt sich wieder einmal um einen Versuch, durch ebenso tiefgehende wie breit gestreute Massenüberwachung die rechtsstaatliche Balance aus dem Gleichgewicht zu bringen. Weder kann die Chatkontrolle die in sie gesetzten Erwartungen hinsichtlich ihrer Eignung erfüllen, noch ist sie ein angemessenes Mittel hierzu. Die organisiert vorgehenden Täter kann sie gar nicht erreichen, da sie sich anderer Kanäle bedienen und neue Methoden entwickeln werden.

Sie stellt alle Bürger unter Generalverdacht. Sie stellt einen Dammbruch dar, der von Geheimdiensten und der Polizei künftig auch bei anderen und immer mehr Taten verlangt werden wird. Sie stellt eine Einladung an autoritäre Regime dar, sich bei ihren Unterdrückungsmethoden auf den im Westen geschaffenen Präzedenzfall zu berufen. Sie bedroht die Arbeit von Journalisten: Die Pressefreiheit ist nur gewahrt, wenn Journalisten und deren Informanten sicher sein können, dass ihre digitale Kommunikation, einschließlich Fotos und Videos, weder überwacht noch ausgewertet wird. Auch andere Menschen wie Rechtsanwälte, Ärzte und Psychologen, aber auch Oppositionelle, Dissidenten und Whistleblower sind besonders auf vertrauliche Kommunikation angewiesen.

Die Chatkontrolle ist deshalb entschieden abzulehnen und dafür müssen Liberale und alle, denen Bürgerrechte am Herzen liegen, aufstehen und mobilmachen. Die Proteste gegen die EU-Urheberrechtsreform zeigen, wie das aussehen kann, belegen aber auch, es braucht noch mehr Entschlossenheit, um diesmal die Freiheitsrechte erfolgreich zu verteidigen. Wir dürfen uns nicht nur auf unsere Bubble beschränken, sondern müssen in die Zivilgesellschaft hinein und auch auf der Straße wirken.

Bildnachweis: stock.adobe.com/ant

## Der Kampf geht weiter

Grundrechte gelten im Internet wie in jedem anderen Medium – was der United States Supreme Court schon 1997 feststellte, ist von unveränderter Aktualität. Die Chatkontrolle ist nicht die erste totalitäre Anwendung im Kampf gegen Kriminalität, und sie wird nicht die letzte sein. Das Internet darf kein grundrechtsfreier Raum sein. Es ist die Aufgabe der Jungen Liberalen, dies immer wieder hochzuhalten und für unsere Freiheit zu kämpfen. Denn wenn die Freiheit im Internet stirbt, nimmt die offene Gesellschaft insgesamt irreparablen Schaden.



**Marc Bauer (27)**  
ist Jurist und arbeitet  
im Deutschen  
Bundestag. Ihr erreicht ihn unter:  
[marc.bauer@julis.de](mailto:marc.bauer@julis.de)





# FRÜHKINDLICHE BILDUNG ...



**Wir Junge Liberale diskutieren unfassbar gerne über Bildung. Manche ulken, der Bezirksverband Köln/Bonn bestünde sogar nur, um Kongress für Kongress gegen ein Zentralabitur zu kämpfen. Leider konzentriert sich unsere Betrachtung dabei viel zu oft auf die schulische, hier im Fokus auf die gymnasiale Bildung. An dieser Stelle möchte ich besonders die frühkindliche Bildung in den Mittelpunkt rücken, die aus meiner Sicht das starke Fundament für eine chancenreichere Schul- und Lebenslaufbahn bildet.**

Essen-Altenessen, ein schwieriges Pflaster: Hier gibt es Grundschulen, bei denen eine deutliche Minderheit an Schülerinnen und Schülern bei Einschulung auch nur rudimentäre Kenntnisse der deutschen Sprache besitzt. Ein riesiges Problem, sowohl für die Chancen dieser Kinder, als auch für das gesamte Leistungslevel der Klasse. Echte Chancengerechtigkeit muss hier früher geschaffen werden.

Den Grundsatz der FDP „Beitragsfreiheit vor Qualität“ teile ich dabei ausdrücklich nicht. Es steht außer Frage, dass gerade bedürftige Familien kein Geld für KiTas o. ä. zahlen müssen. Dennoch ist es aus meiner Sicht viel wichtiger und langfristig auch wirtschaftlicher, in eine Qualitäts-Offensive zu investieren, als, überspitzt gesagt, dem Firmenchef die Gebühren für die KiTa zu erlassen. Um diese Qualität auch nutzen zu können, müssen natürlich auch Kapazitäten geschaffen werden. Fachkräftemangel ist ein umgreifendes Problem in ganz vielen unterschiedlichen Branchen. Es wäre aber naiv zu

glauben, dass die Attraktivität des Jobs bloß an der Vergütung hängen würde. Natürlich ist dies ein nicht zu unterschätzender Faktor, jedoch würde eine Qualitäts-Offensive im KiTa-Bereich auch zu einem enormen Attraktivitätsgewinn führen.

Damit kommen wir, bevor wir in die Details eines besseren KiTa-Systems einsteigen, zu einer Grundvoraussetzung, die bei den JuLis auch stetig kontrovers diskutiert wird: der KiTa-Pflicht. Manchen von Euch wird nun der Puls hochschnellen, einigen vielleicht das Magazin aus der Hand fallen. Nicht alle staatlichen Pflichten sind Unsinn. Im Gegenteil: Es besteht ein relevanter gesellschaftlicher Vorteil, wenn frühkindliche Bildung, nennen wir es hier einmal Vorschule, verpflichtend ist. Zumindest ein Jahr. Denn so bitter es auch klingt, es sind gerade die Familien, für die eine Bildungsstufe vor der Grundschule sinnvoll wäre, damit z. B. Sprachkenntnisse vorhanden wären, die ihre Kinder statistisch bewiesen nur in wenigen Fällen in die KiTa schicken. Damit öffnet sich schon vor Eintritt in die Grundschule die dramatischste Schere in unserer

Gesellschaft: die Chancen-Schere. Diese ist deutlich relevanter als die Vermögens-Schere, weil es hier bereits um Lebenschancen und somit um den eigenen Antrieb geht, obwohl man nicht einmal sechs Jahre alt ist. Eine Gesellschaft kann nur dann fair sein, wenn Du die Chance hast, alles aus Deinem Leben machen zu können. Vor Einstieg in die Grundschule kein Deutsch lernen zu können, raubt Kindern Chancen – was letztlich auch den Staat über lange Zeit viel kosten wird. John F. Kennedy sagte einmal: „Nur eine Sache ist teurer als Bildung: keine Bildung.“ Damit traf er den Nagel auf den Kopf. Hier lohnt es sich für den Staat, nicht zu sparen, sondern intensiv zu fördern.

## **Wie könnte nun ein vorschulisches System aussehen?**

In skandinavischen Ländern wurden sehr positive Erfahrungen gemacht, indem auf spielerische Art und Weise Inhalte vermittelt worden sind. Man sollte sich eine Vorschule also nicht mit kleinen Stühlen, kleinen Tischen und einer kleinen Tafel vorstellen, sondern infrastrukturell nahe an dem, was

# ...ALS CHANCEN-BOOSTER



**Tim Schütz (25)** ist stv. Landesvorsitzender der Jungen Liberalen in NRW. Abseits der Politik arbeitet er in der Bauindustrie und studiert dual im Master. Ihr erreicht ihn unter: [tim.schuetz@julis-nrw.de](mailto:tim.schuetz@julis-nrw.de)

Bildnachweis: stock.adobe.com/Krakenimages.com  
man aktuell in KiTas vorfindet. So muss die KiTa der Zukunft spielerisch ein Gefühl von Zahlen vermitteln und dabei gerade auch Mädchen ein positives Bild von Mathematik verschaffen. Viele Kinder, auch ich, werden familiär bereits früh so gepolt, als wäre Mathe ein absolutes Hexenwerk, durch das man sich die gesamte Schulzeit quälen muss. Auch Aspekte wie Kultur, den Umgang mit der Natur oder Sprichwörter müssen spielerisch angegangen werden. Ein exakter Rahmenlehrplan wäre vermutlich zu viel des Guten, aber Anhaltspunkte und beispielhafte Lehrelemente sollten von der Landesseite schon vorgegeben werden. Auch dürfen Lehrelemente nicht aufeinander aufbauen, sodass es z. B. ein enormer Nachteil wäre, nur das zweite KiTa-Jahr wahrzunehmen. Schwerpunkte können dabei gerne von KiTa zu KiTa variieren, um Eltern und Kindern schon früh Wahloptionen zu bieten. Auch musikalische oder sportliche Schwerpunkte sind denkbar, ohne hier jedoch den Eindruck aufkommen zu lassen, bereits in der KiTa würde es enormen Leis-

tungsdruck geben. Nur bei der Sprachförderung ist mir eine gewisse Überprüfung der Fähigkeiten wichtig. Vor Eintritt in die Grundschule muss ein Test absolviert werden, der z. B. grundlegende motorische Fähigkeiten überprüft. In diesem Zuge sollten auch Sprachfähigkeiten abgefragt werden. Niemand erwartet, dass Kinder vor der 1. Klasse Zitate aus Kafka-Werken rezitieren können. Auch ist es illusorisch, zu erwarten, dass alle Kinder bei Einschulung auf dem Level eines gleichaltrigen Muttersprachlers liegen. Aber sollte ein Kind kein Wort Deutsch sprechen, muss es aus meiner Sicht in ein weiteres, verpflichtendes KiTa-Jahr übergehen, bei dem eine ganz spezielle Förderung durch Sprach-Coaches gewährleistet wird.

Das Ziel der vorschulischen KiTas ist zweigeteilt: Im Fokus steht die Schaffung von mehr Startchancengerechtigkeit bei Einstieg in die Grundschule. Aber eine KiTa kann auch bereits sehr frühzeitig Potentiale von Kindern erkennen und so den Eltern gutes Feedback über Entwicklungsmöglichkeiten geben. Die Freien Demokraten konnten für den ersten Punkt mit den Talent-

schulen bereits große Erfolge feiern, die u. a. dafür gesorgt haben, dass die gesamte politische Konkurrenz nicht anders konnte, als sie für das eigene Wahlprogramm zu kopieren. Auch „Talent-KiTas“ erscheinen sinnvoll: In gewissen Stadtteilen ist es wichtig, mehr Sprach-Coaches und bessere Sozialarbeiter einzustellen, um Kinder zielgerichteter zu fördern. Auch über Inklusions-KiTas sollte nachgedacht werden.

**Die insgesamt wichtigste Botschaft ist die Aufwertung der frühkindlichen Bildung in Relation zur schulischen Bildung.**

Wir müssen die Diskussion rund um eine Art Vorschule wieder in den Fokus rücken, ohne dabei ein Narrativ von Leistungsdruck und mehr Belastung für Kinder aufzubauen. Im Gegenteil: Frühkindliche Bildung hat viel mit Empathie zu tun, wodurch in Skandinavien riesige Erfolge erzielt werden konnten, ohne Kinder mehr zu belasten. Auch muss klar gesagt werden, dass eine KiTa-Pflicht nicht staatlicher Erziehung, ähnlich wie in der DDR, entspricht, sondern der leichteste Weg zur Chancengerechtigkeit ist. Ich freue mich schon auf die Debatte bei den JuLis.



# „REIMAGINING“

## AUFBRUCH IN DIE SCHÖNE NEUE WELT VON DAVOS

Das Weltwirtschaftsforum (WWF) kommt jährlich in Davos in der Schweiz zusammen. Dort treffen sich neben den Vertretern von multinationalen Konzernen auch die Repräsentanten vieler Staaten, wie der Bundeskanzler Olaf Scholz. Die meisten Menschen nehmen dieses Treffen, bei dem über die Zukunft der globalen Wirtschaft diskutiert wird, höchstens als Fußnote der Abendnachrichten wahr. Auch in diesem Jahr wurde wenig über das Treffen in Davos berichtet und letztlich war der einzige Aufreger die geschmacklose, antisemitische Karikatur, die zu dem Treffen der wirtschaftlichen Elite in der Süddeutschen Zeitung abgedruckt wurde. Davos als Treffen von wirtschaftlichen Eliten ist ein Narrativ, das immer wieder von linken und rechten „Globalisierungskritikern“ (das hört sich einfach netter an als der Begriff „Antisemiten“) gestützt wird. Aber wie können wir als Liberale die Aktivitäten des WWF einordnen?

### Die Ideologie des Weltwirtschaftsforums

Um die Geisteshaltung der Mitglieder im Weltwirtschaftsforum zu verstehen, lohnt es sich, in einen Essay reinzuschauen, den Klaus Schwab – Vorsitzender und Gründer des WWF – im Jahre 2020 im Time Magazine veröf-

fentlicht. Seine These ist, dass eine gerechtere Welt möglich sei, aber man den Kapitalismus dafür „neu erfinden“ müsse. Konkret sollen unliebsame Nebeneffekte, wie ungleiche Verteilung von Ressourcen, umweltschädliche Entwicklungen oder Geschlechterdisparitäten in Unternehmen, behoben werden, indem die Stakeholder mehr soziale Verantwortung übernehmen. Die Idee, dass die Unternehmen mehr soziale Verantwortung übernehmen sollen, hört sich – mal abgesehen von der vagen Formulierung – erstmal sehr freundlich an.

Hinter diesem Konzept des „Stakeholder-Kapitalismus“ geht es nicht um die Gesamtheit an Menschen, die für das unternehmerische Risiko Verantwortung tragen, sondern Schwab geht es eigentlich um die internen Stakeholder eines Unternehmens – also Manager, Aufsichtsräte etc. Diese Interessen werden normalerweise durch die Anteilseigner an Unternehmen, also Shareholder, ausgeglichen, aber Schwab sieht hier das Potenzial, eine „gerechtere Welt“ zu schaffen. Wie er in seiner Willkommensrede in Davos betonte, fehle es lediglich am Willen, endlich eine gerechtere Welt umzusetzen. Diese Rhetorik mutet wie die eines gutmütigen Diktators an, der im Namen der Utopie lediglich die Bereitschaft demokratische und freiheitliche Prinzipien zu

vernachlässigen. Die politischen Forderungen der Multimilliardenkonzerne des WWF haben aber dabei wenig mit Marktwirtschaft, sondern eigentlich nur mit einer staatlich bezuschussten Güstlingswirtschaft zu tun, die ihre Legitimation aus der „guten Sache“ ableitet.

### Das Imageproblem des Neoliberalismus

Nicht nur für Liberale, sondern auch für die meisten Menschen, fühlt sich das elitäre Gebaren in Davos unehrlich und autoritär an. Linke und Rechte finden darauf einfache Antworten. Die neoliberalen Wirtschaftseliten wollen einfach nur die arme Bevölkerung ausbeuten und mit ihrem Dogma des Freihandels Profite über Menschenleben stellen. Das Ganze wird mit Verschwörungsmythen über die Mont Pelerin Society zusammengetan und schon ist eine populistische Kritik am Liberalismus formuliert.

Das Brandmarken des Neoliberalismus, als intransparente Wirtschaftselite, die eng mit dem Staat verflochten ist und die Geschicke der Welt kontrolliert, gehört zu einem der größten politischen Erfolge der Linken und gleichzeitig zu den großen Lügen des 21. Jahrhunderts. Das Problem ist, dass wir uns als Liberale in eine Abwehrhaltung reinbewegen



# IG CAPITALISM“

und damit ungewollt den Status quo verteidigen. Natürlich ist es Quatsch, dass irgendeine Finanz-eliten-Weltverschwörung den Freihandel als Ausbeutungsmechanismus nutzt, weil wir wissen, dass echter Freihandel Wohlstand und Prosperität bringt – insbesondere für die Ärmsten auf der Welt. Aber im Eifer, den Freihandel zu verteidigen, beginnen Liberale plötzlich, Dinge im Status quo zu verteidigen, die überhaupt nichts mit Freihandel oder Kapitalismus zu tun haben, nur weil die politischen Gegner versuchen uns dieses Label aufzudrücken.

## Pro Markt und nicht pro Unternehmen

Wenn also in der nächsten Diskussion im Hörsaal einer der linken Studenten anfängt, gegen den Kapitalismus zu hetzen, weil dieser ja für die jetzige Zerstörung der Umwelt in Entwicklungsländern verantwortlich sei, dann hilft es natürlich, die Zahlen und Fakten an der Hand zu haben. Aber lasst euch nicht dazu verleiten, Zustände zu verteidigen, die tatsächlich ungerecht sind. Hinterfragt vielmehr, wie es zu den Ungerechtigkeiten kommt, und in den allermeisten Fällen wird sich herausstellen, dass der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen ohne Zwang nicht das Problem, sondern die Lösung ist. Hier hilft es zu verstehen, was Marktwirtschaft eigentlich ist.

Der österreichische Sozialphilosoph und Ökonom Friedrich August von Hayek hat treffend for-

muliert, dass Kapitalismus bzw. Marktwirtschaft sich am besten durch eine spontane Ordnung beschreiben lässt, also das Resultat eines evolutionären Prozesses, in dem kein Ziel durch eine Behörde festgelegt wird, sondern das dezentrale Wissen der Marktteilnehmer für die beste Verteilung der Ressourcen sorgt. Das Wissensproblem – also der Umstand, dass auch die beste Planungsbehörde unmöglich so gut funktioniert wie das dezentrale Wissen aller Marktteilnehmer – ist ein wichtiger Grund, warum Planwirtschaft nicht funktioniert. Darüber hinaus folgt aus einer immer stärkeren Ausweitung des Staatsapparates notwendigerweise der Anreiz, dass es für Unternehmen attraktiv wird, Lobbyarbeit zu betreiben, um eine Vorzugsbehandlung zu ergattern. Der US-amerikanische Ökonom James Buchanan beschreibt diesen Prozess als „Rent Seeking“, welcher letztlich Monopolbildung begünstigt und Wettbewerb zerstört. Genau davor warnten die Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft wie Walter Eucken und Ludwig Erhard.

Wir sollten als Liberale also in Erinnerung behalten, dass wir uns zwar zu Recht über den Erfolg starker und innovativer Unternehmen freuen, weil dies zur Wohlfahrtsmehrung der Gesellschaft beiträgt, wir aber nie die Advokaten einzelner Unternehmen, sondern stets die des Wettbewerbs und des Marktes sind. Das Weltwirtschaftsforum in Davos hat nur wenig mit echter Marktwirtschaft

zu tun, sondern ist letztlich nur ein Club von reichen Aufsichtsräten und Bürokraten, die in ihren Allmachtsfantasien versuchen der Welt eine gerechte Ordnung aufzuzwingen. Auch wenn man diesen Menschen gute Intentionen unterstellt, sollten wir nie vergessen, dass der Weg zur Hölle mit guten Intentionen gepflastert ist – Diese Art eines autoritären Korporatismus hat nichts mit freier Marktwirtschaft zu tun und daher sollten wir diesen genau als solchen kritisieren.



**Alexander Kobuss (24)**

hat Geschichte und Sozialwissenschaften im Master of Education studiert. Er promoviert aktuell zur Geschichte der sozialen Marktwirtschaft. Er ist stellvertretender Bezirksvorsitzender für Programmatik in Köln/Bonn und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Finanzen. Ihr erreicht ihn unter: [kobuss@julis.de](mailto:kobuss@julis.de)

# ATOMENERGIE

Nein, danke oder ja, bitte?

Der völkerrechtswidrige Angriff durch Putins russisches Regime auf die Ukraine ist verantwortlich für extrem viel Leid und Zerstörung. Da war es nur absolut gerechtfertigt, jenes Regime mit harten Sanktionen zu konfrontieren. Sowohl die USA, die EU als auch einzelne Staaten beschlossen jeweils und gemeinsam Sanktionen gegen Putin, die russischen Oligarchen und die russische Föderation.

Als Antwort auf jene Sanktionen entschied sich das Regime dazu, Europa den „Gashahn abzdrehen“. Für viele europäische Länder, darunter Italien, die Slowakei oder auch eben Deutschland, bedroht es wirklich ernsthaft die Energieversorgung der Bevölkerung bzw. der Industrie. Der russische Staatskonzern Gazprom drosselt bereits seit einigen Wochen die

aktuelle Versorgung für Europa durch Nord Stream 1. Bundeswirtschaftsminister Habeck ruft am 23.06.2022 Stufe 2 für den Gas-Notfallplan aus, was nochmal verdeutlicht, in welcher Situation wir uns mittlerweile befinden. Aktuell sieht es noch dazu so aus, als würde die Lage von hier aus bloß noch schwieriger für die europäische bzw. deutsche Energieversorgung aussehen werden.

In so einer Situation muss man zu Recht nach Alternativen zu den fossilen Energien fragen. Habeck deutete bereits an, Kohlekraftwerke wieder an das Stromnetz anzubinden. In diesem Artikel möchte ich euch JuLis jeweils Argumente für und gegen die Atomenergie präsentieren, um uns weiter unabhängig zu machen von Putins Regime bzw. auch von den fossilen Energieträgern als solche.

Die Kernenergie sorgt bereits seit

Jahrzehnten für extreme Kontroversen innerhalb von Regierungen, Staaten und Gesellschaften. Die einen verteufeln sie als etwas fast schon Böses, während die anderen sie als modernen Heilsbringer verehren, welcher uns gleich auf einen Schlag von vielen Problemen befreien würde. Zuerst einmal wäre die Versorgung durch Atomkraft günstiger als die Versorgung mit fossilen Brennstoffen, wie etwa Kohle oder Gas. Die benötigten Brennstäbe sind für die Gewinnung von Energie günstiger als die Ressourcen Kohle und Gas. Hinzu kommt, dass der deutsche Staat indirekt von Atomenergie mit profitiert. Denn von 2011 bis 2016 erhob der Bund eine spezielle Kernbrennstoffsteuer. Zwar scheiterte diese 2017 am Bundesverfassungsgericht, da der Bund keine Steuern auf Produktionsmittel erheben darf, doch könnte man dies heutzutage anpassen.





Zudem muss sich Deutschland auch dringend von dem außer-europäischen Ausland emanzipieren. Wir erinnern uns sicherlich nur zu genau, wie Bundesminister Habeck dazu genötigt wurde, von dem einen Despoten zu den anderen zu wechseln, als er beim frauenverachtenden Katar um eine Handelspartnerschaft bat. Nun kann man natürlich der Auffassung sein, dass er in dem Moment unter enormem Druck stand, die Energieversorgung für Deutschland kurz- und mittelfristig zu garantieren. Allerdings kann es nicht sein, dass wir als Nation langfristig unsere Energie aus Staaten beziehen, die nicht nur nichts mit den westlichen Werten von persönlicher Freiheit oder der Demokratie wissen wollen, sondern diese auch noch aktiv niedermachen und regelrecht verachten. Deswegen muss es unser Anspruch sein, die vollkommene Unabhängigkeit langfristig anzustreben. Die moderne Atomenergie könnte

als Teil in dieser Gleichung entscheidend sein. Denn sie garantiert Deutschland nicht nur langfristige Unabhängigkeit, sondern bietet zudem eben den Vorteil, dass sie ein sehr stabiler Energieträger ist. Hier braucht man krisenbedingte Preissteigerungen also eher weniger befürchten. Denn so könnten wir wieder dafür sorgen, dass es eben nicht heißt „frieren für die Freiheit“. Zynismus ist wirklich unangebracht, wenn einkommensschwache Haushalte über ihre Energieversorgung nachdenken müssen. Ein weiterer Punkt gegen die Atomenergie wäre die Beschaffung vom seltenen Uran. Die deutschen Uranvorkommen sehen bekanntlich eher spärlich aus, sodass man hier ebenfalls auf Importe setzen müsste. Hier könnte Frankreich ein starker Partner werden, da Frankreich bereits 70% seiner Energie aus Atomkraft bezieht. Das Uran wird dort dann meist aus Nordafrika importiert. Das letzte Argument kann man sowohl auf die positive, als auch negative Seite der Bilanz setzen. Hier wären wir nämlich bei

der Frage der Nachhaltigkeit. Ich denke, es ist gemeinhin bekannt, dass Atomkraft nicht den besten Ruf hat, wenn man auf die Nachhaltigkeit schaut. Ein deutlich positiver Punkt ist, dass bei der Produktion von Atomstrom nahezu keine Kohlenstoff-Emissionen entstehen. Besser gesagt, Atomstrom würde den Klimawandel nicht weiter antreiben, wie es fossile Brennstoffe tun. Die Klimakrise ist aufgrund des Kriegs in der Ukraine und der Corona-Pandemie doch deutlich aus dem Fokus herausgefallen, obwohl diese weiterhin uns alle betrifft. Den einen mehr und den anderen weniger, jedoch uns alle.

Wenn Atomenergie einen Teil dazu leisten kann, uns unabhängig zu machen von ausländischen Regimes und dazu noch zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt, dann darf diese nicht aufgrund von emotional geladenen Argumenten und nostalgischen Erinnerungen an Bewegungen aus den 1980er Jahren scheitern und abgestempelt werden. Ich hoffe, ich konnte euch dabei helfen, eine versiertere eigene Meinung zu bilden, liebe JuLis.



**Ashad Schefah (18)**  
hat gerade ihr Abitur gemacht. Geplant ist dieses Jahr ein Lehramtsstudium. Bis dahin arbeitet sie nebenbei.



# FREIE PRIVATSTÄDTE

## Die Zukunft der Freiheit?

Es gibt Dinge, die zu wichtig sind, um sie dem Staat zu überlassen. Die industrielle Textilproduktion hat der breiten Masse erstmals saubere und intakte Kleidung beschert. Die Zwangsverstaatlichung der Landwirtschaft hat in der DDR und der USSR einen ernsten Mangel an Grundnahrungsmitteln verursacht – in der Sowjetunion starben Millionen. Die Idee, dass ein Bundesministerium die Versorgung mit überlebensnotwendigen Notwendigkeiten übernehmen sollte, erscheint uns heute zu Recht absurd. Der Markt übernimmt auch immer mehr klassische Staatsaufgaben wie etwa den Bau und Betrieb von Straßen oder die Gesundheitsversorgung. So wird die Mehrheit der Autobahnen in Frankreich privat betrieben. Sämtliche Gesundheitsversicherungen in der Schweiz sind privat – und wie es sich zeigt, meistert der Markt diese Aufgaben viel zufriedenstellender und effizienter als der Staat. Dass der Markt den Staat hier um Längen schlägt, ist kein Zufall: Indem private Unternehmen in Wettbewerb miteinander treten, haben sie den Anreiz, ihr Produkt stetig zu verbessern, um ihren Profit zu steigern. Den staatlichen Behörden fehlt dieser Anreiz. Der BAföG-Beamte bekommt seinen Lohn auch dann pünktlich ausgezahlt, wenn er euren Antrag mal wieder monatelang rumliegen lässt. Warum sollte dann der Markt nicht auch Aufgaben wie Sicherheit oder Justiz übernehmen, wenn er es besser macht? Selbstverständlich ließe sich erwidern, dass durch die

Vielfalt an Staaten bereits sowie so ein Wettbewerb herrsche, weil Individuen entscheiden können, wo sie wohnen wollen. Doch bei der immensen Größe moderner Staaten sowie zwischenstaatlicher Kartellbildung, kann davon kaum noch die Rede sein. Auch aus naturrechtlicher Perspektive sind die heutigen Staaten anzuzweifeln – denn diese sind nicht durch freiwillige Interaktionen und Zusammenschlüsse von Individuen entstanden, sondern durch die Aneignung fremden Eigentums und durch die systematische Unterdrückung von Individuen und wurden dadurch so groß wie sie heute sind. Größere Staaten haben kleinere und oft auch freiheitlichere Staaten eingenommen. Doch gibt es eine Alternative zu Staaten? Kann das Leben in Sicherheit und Freiheit auch durch den Markt funktionieren? Die Antwort ist ja – und das Konzept dafür sind die freien Privatstädte.

### Konzept der freien Privatstädte

Das Konzept der freien Privatstädte geht aus drei Ideen hervor:

1. Der Staat ist Dienstleister, nicht Herrscher.
2. Die Gesellschaft basiert auf Freiwilligkeit.
3. Die Städte stehen selbst in Wettbewerb zueinander.

Eine freie Privatstadt ist eine von einem Dienstleister wie einem Unternehmen gebaute Stadt, die den zukünftigen Bewohnern einen Vertrag anbietet, der die Regeln innerhalb der Stadt klarstellt und die Aufgaben des Stadtbetreibers deklariert. Meistens sind das: Si-

cherheit und Justiz. Der Aufgabenbereich könnte aber auch abhängig von der Privatstadt größer oder kleiner sein: Beispielsweise kann ein Stadtbetreiber Schulen, Krankenhäuser und Infrastruktur selbst bereitstellen. Es gibt aber auch die Möglichkeit, sogar Polizei und Justiz den privaten Unternehmen innerhalb der Privatstadt zu überlassen und nur dafür zu sorgen, dass diese nach den Regeln der Stadt agieren. Jedes Individuum, das in einer solchen Stadt wohnen will, unterschreibt den Vertrag der Stadt auf freiwilliger Basis und wird so zu einem Einwohner.

Dabei können ganz verschiedene Stadtmodelle nebeneinander existieren: eine Stadt, die die größtmögliche Freiheit nach der minimalstaatlichen Vorstellung des Liberalismus ermöglicht, eine sozialistische Stadt, die auf gegenseitigem Teilen der Ressourcen basiert, oder eine konservative Stadt, die bestimmte Sitten und Traditionen vorgibt. Soweit alles auf Einvernehmlichkeit basiert, ist es vollkommen legitim. Die verschiedenen Gesellschaftsvorstellungen müssten nicht mehr in den politischen Streit treten, denn jede von ihnen könnte in ihrer eigenen Privatstadt realisiert werden. Die Bürger hätten dann die Möglichkeit, selbstbestimmt zwischen ihnen zu wählen. Die Streitschlichtung innerhalb einer Privatstadt übernehmen die Stadtbetreiber. Eine Streitigkeit zwischen den Kunden und der Privatstadt, beispielsweise wenn der Stadtbetreiber seine Aufgaben nicht vertragsgerecht erfüllt hat,



kann über ein internationales Schiedsgericht geschlichtet werden, auf das sich der Kunde und der Dienstleister geeinigt haben. Das Konzept findet jetzt schon Anwendung, zum Beispiel bei Streitigkeiten zwischen international agierenden Unternehmen oder Staaten.

Der Schutz nach außen kann durch Kooperation mit anderen Staaten oder auch durch eine Mitgliedschaft in internationalen Bündnissen gewährleistet werden.

### Die Geschichte von Freien Reichsstädten

Zwar wurde so ein Konzept noch nie in die Realität umgesetzt, jedoch gab es die sogenannten Freien Reichsstädte, die diesem Konzept durch ihre Autonomie und Dezentralität nahekamen. Freie Reichsstädte waren autonome Gebiete, die vom 11. bis zum 19. Jahrhundert existierten, und die im Gegensatz zu anderen Reichsstädten dem Kaiser weder Steuern noch Gefolgszwang schuldig waren und vom Reich nicht verpfändet werden durften. Dazu gehörten zum Beispiel Köln, Mainz, Worms. Diese waren für ihre Zeit freiheitlicher als der Rest der Städte. Durch niedrige Besteuerung, relativ freie Märkte und dezentrale Verwaltung haben diese Städte wirtschaftliche Prosperität geschaffen.

### Beispiele von heute

Heute existieren Freie Reichsstädte aufgrund von Eroberungen durch größere Staaten nicht mehr. Dafür gibt es die Stadtstaaten, die diesen ähneln. Stadtstaaten sind Staaten, die nur auf die Größe einer Stadt begrenzt sind – beispielsweise Monaco, Singapur, Hongkong und Dubai. In ihren Kulturkreisen sind sie durch ihre dezentralisierte Verwaltung und Konkurrenzstellung zu anderen Staaten vergleichsweise etwas freiheitlicher, vor allem wirtschaftlich. Heutzutage gibt es aber auch realisierte Konzepte, die den freien Privatstädten näherkommen. So zum Beispiel Sonderwirtschaftszonen. In Staaten wie Uruguay, Indien, China gibt es besondere Orte, an denen viel freiheitlichere Bedingungen für Unternehmen gelten. Diese Orte generieren besonders viel Wohlstand und sind vor allem für ärmere Länder vorteilhaft. Noch näher der Idee der Privatstädte kam Rose Island, eine kleine Insel, gebaut im Jahre 1968 vom Ingenieur Giorgio Rosa, die komplett autonom verwaltet wurde. Die Stadt hat viele Anwohner und Touristen angezogen. Weil der italienische Staat eine Bedrohung in ihr sah, hat er sie ein Jahr später

gesprengt. Darüber gibt es einen interessanten Film auf Netflix „Rose Island“, den ich nur weiterempfehlen kann. Bis jetzt haben wir uns nur Beispiele angesehen, die dem Ideal ähneln, doch es gibt auch erste Realisierungen des Ideals selbst. In Honduras werden gerade die ersten freien Privatstädte Próspera und Morazan gebaut, die auf der Idee eines liberalen Minimalstaats basieren. Schon jetzt können sich Menschen und Unternehmen dort ansiedeln.

### Realisierungsmöglichkeiten in Europa

Doch wie können wir dieses Konzept in Deutschland, aber auch europaweit realisieren? Idealerweise mit einem Sezessionsrecht, das einem bestimmten Gebiet komplette Autonomie ermöglicht. Dies ist allerdings schwer umzusetzen im Hinblick auf politische Mehrheiten und das Grundgesetz. Ob das Sezessionsrecht damit vereinbar ist, wird strittig gesehen. Sogar in Honduras hat Próspera nur Sonderrechte, aber keine komplette Autonomie, und auch diese wird durch die neue linke Regierung in Honduras infrage gestellt. Die realistischste Umsetzungsmöglichkeit ist die Idee der Sonderverwaltungszone, nach der die Privatstadt Staatsgebiet bleibt, der Staat sich zur Sicherung nach außen verpflichtet, aber anderweitig größtmögliche Autonomie gewährleistet wird.

Alex (16) ist Schüler auf einem Gymnasium, Mitglied im Kreisvorstand der JuLis Solingen und im Landesvorstand der Liberalen Schüler. Zudem interessiert er sich für Liberale Theorie, vor allem für Werke von Hayek, Mises und Rothbard.



## LESEEMPFEHLUNG

Denjenigen, die sich genauer mit diesem Thema beschäftigen wollen, empfehle ich das Buch „Freie Privatstädte“ von Titus Gebel, das das Thema ausführlich behandelt. Außerdem kann man weitere Informationen über Privatstädte auf der Seite der Free Private City Foundation nachlesen.



PRO

# TANKRABATT PRO VS. CONTRA

**Gestern habe ich mal wieder tanken müssen. Selten ist Tanken eine bevorzugte Lebenszeitverwendung. Eher ein notwendiges Übel. Etwas dreckig sind viele Tankstellen ja meist schon. Zum Glück verbringt man dort jeweils nur wenig Zeit. Und dann kostet es immer Geld, nie ganz wenig und momentan sogar ziemlich viel. Aber gestern konnte ich für 1,799 € tanken, das erscheint mir verhältnismäßig preiswert. Heute telefonierte ich mit meinen Eltern, gerade im Urlaub in England, dann musste ich natürlich fragen: Was kostet der Liter Benzin dort? Umgerechnet 2,17 €. Das ist eine Differenz von 37 Cent (die durch Vergleich des Tagesdurchschnittspreises bestätigt wurde). Die Senkung der Energiesteuer einschließlich der dadurch wegfallenden Umsatzsteuer summiert sich auf etwa 36 Cent den Liter. Der Tankrabatt wirkt!**

Aber unabhängig von der Frage der Wirksamkeit stellt sich die Frage, ob der Tankrabatt richtig ist. Von Welt bis taz wird er kritisiert. Begriffe fallen, die uns Liberale hellhörig werden lassen: Subventionen, Markteingriffe, Gießkanne, Klientelpolitik, bei Mietern seid ihr dagegen, bei Autos dafür? Und in meiner Wahrnehmung reagieren wir Liberale eher

defensiv, als ob wir mit den Vorwürfen getroffen wären, als ob der Tankrabatt ein Schmutzelthema wäre. Ich will an dieser Stelle damit aufräumen, denn ich halte den Tankrabatt aus liberaler Sicht für inhaltlich richtig. Vor allem beunruhigt mich, dass liberale Begrifflichkeiten hier umdefiniert und gegen uns verwendet werden.

So zum Beispiel der Aspekt „Subvention“: Hier muss ich zunächst zugestehen, dass das Wort „Tankrabatt“ ungünstig gewählt ist, denn es erinnert in der Tat an einen staatlich verordneten Rabatt und nicht an eine Steuersenkung (was auch bei dem ursprünglichen Konzept Christian Lindners so war). Tatsächlich müssen wir hier aber messerscharf unterscheiden: Was ist eine Steuersenkung, was ist eine Subvention? Ich bin der festen Überzeugung: Eine generelle Steuersenkung ist nie eine Subvention. Steuersenkung bedeutet, dass der Staat weniger vom Eigentum der Bürger für sich beansprucht. Eine Subvention auf der anderen Seite bedeutet, dass der Staat von den Bürgern durch Steuern aufgebracht Geld nach bestimmten Kriterien ausschüttet. Insofern bedeutet eine Steuersenkung eine Einnahmensenkung des Staates und eine Subvention eine Ausgabenerhö-





hung. Entsprechend können Subventionen leicht dazu geraten, dass der Bürger vom Staat mit seinem eigentlich eigenen Geld beschenkt wird. Das ist eine Steuersenkung aber nicht, das Geld blieb immer beim Bürger selbst. Wer diese Grenzen verwischt, der verwischt die Grenzen zwischen Privateigentum und Kollektivismus.

Theoretisch kann man argumentieren, dass eine Steuersenkung auf Kraftstoffe bei gleich bleibenden oder steigenden Staatsausgaben dazu führt, dass Autofahrer relativ gesehen weniger und entsprechend Steuerzahler an anderer Stelle relativ mehr belastet werden. Wenn man das aber bereits als Subvention auffasst, dann wären alle Steuersenkungen Subventionen. Dann wäre die Senkung der Grunderwerbsteuer eine Subvention für Hausbesitzer, die Abschaffung der Kaffeesteuer eine Subvention für Kaffeetrinker, die Abschaffung des Solidaritätszuschlages eine Subvention für sogenannte „Besserverdiener“ etc. Dann könnte man sogar so weit gehen und eine Nicht-Erhöhung einer Steuer als Subvention begreifen. Das führt also ad absurdum, zumindest für Liberale. Aus meiner Sicht wäre es nur dann

als konsistentes Denkmodell zu begreifen, wenn mein Vermögen sowieso vollständig dem Staat zustehen würde, der mir gütig einen Bruchteil davon überlassen würde. Das lehne ich ab, es widerspricht dem Naturrecht jedes Einzelnen an seinem Eigentum.

Zur Frage des Markteingriffs: Letztlich ist alles staatliche Handeln ein Markteingriff, auch die Erhebung einer Energiesteuer überhaupt. Deshalb müssen wir staatliches Handeln in marktkonform und marktkonträr einteilen. Marktkonform ist staatliches Handeln, wenn es die natürlichen Marktprozesse nicht außer Kraft setzt, zum Beispiel über die Aufschlagung einer Umsatzsteuer. Schließlich muss irgendwo auch ein noch so schlanker – gleichzeitig aber starker – Staat sich finanzieren. Dennoch bleiben die Grundstrukturen des Marktes erhalten: Jeder verkauft seine eigenen Waren, kauft Waren für sich und bezahlt nach der Menge. In diesem Rahmen bewegt sich der Tankrabatt. Ganz im Gegensatz zum 9-€-Ticket, das hebt Marktprozesse im Wesentlichen aus, jeder zahlt gleich viel. Egal ob er Montag bis Freitag innerhalb Aachens zur Arbeit fährt oder ob er jedes Wochenende durch die halbe Republik tourt.

Nachdem wir auch dieses Gegenargument entkräftet haben, komme ich zum Aspekt der „Gießkanne“. Lasst uns mal in diesem Bild bleiben: Ich meine, proportionale Steuern (wie die Umsatzsteuer oder die Energiesteuer) werden letztlich mit einer Art umgekehrten Gießkanne erhoben. Damit kann eine Steuersenkung nur entsprechend allen Steuerzahlern zugutekom-

men. Und das ist auch richtig. Es ist doch ein Scheinargument, dass Fahrer spritschluckender Autos Geld geschenkt bekommen: Sie zahlen immer noch die meisten Steuern. Noch kein Autofahrer kam aus der Tankstelle mit mehr Geld raus als mit reinging. Ebenso wie bei der Subvention läuft man Gefahr, dass die Gießkanne – wenn man sie als Argument für durchschlagend hält – alle Steuersenkungen verbietet: Umsatzsteuersenkung? Gießkanne! Einkommensteuersenkung? Gießkanne (die oben werden nämlich durch die Progressionswirkung noch stärker entlastet)!

Diejenigen, die den Tankrabatt am lautesten als Subvention kritisieren, haben einen Gegenvorschlag gemacht: ein Mobilitätsgeld, eine Pauschale für alle in gleicher Höhe. Also wir lassen die Steuern so hoch wie sie sind, nehmen aber einen Betrag dieses Steuergeldes und geben es den Bürgern zurück. Für mich ist gerade das die Definition einer Subvention. Zur Bekämpfung von Inflationsauswirkungen auf eine „Preis-Subventions-Spirale“ zu setzen, erscheint mir mehr als fragwürdig. Ludwig Erhard kritisiert ähnliche Motive in „Wohlstand für alle“ mit einem sehr treffenden Bild: „... in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat“ (S. 248). Das bringt es auf den Punkt: Ein solches Modell ist nicht nur ein faules Geschenk mit meinem eigenen Geld, sondern auch eine gefährliche Aufhebung der Eigenverantwortung.

Es verwundert mich nicht, dass diejenigen, die dieses Helikopter-geld anstelle einer Steuersenkung fordern, uns auch vorwerfen, beim Themenkomplex „Mietpreise für Wohnungen“ Mieterinteressen außer Acht zu lassen, aber bei den Spritpreisen Autofahrerinteressen wahrzunehmen. In Wirklichkeit ist es deren alter Wein in deren alten Schläuchen. Auch bei den Mietpreisen wollen die Kritiker auf Helikoptergeld und staatliche Subventionen setzen, statt die Preise marktkonform zu senken – über mehr auszuweisendes Bauland und vereinfachte Bauvorschriften. Gerade die Grundsteuer zeigt das gut: Das Scholz-Modell wirkt über die Kopplung an Immobilienwerte wie ein Treibhaus für die Miete. Exzellent, dass die FDP-Landtagsfraktion als ersten Gesetzentwurf in dieser 18. Legislaturperiode eine Alternative präsentiert hat, die an konstante Gebäude- und Grundstücksflächen anknüpft.

Es ist ja auch die Frage aufgeworfen worden, wie die umweltpolitischen Auswirkungen der Steuersenkung sind. Letztlich wäre die Lösung, Kraftstoffe in den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel aufzunehmen. Aber um die Frage auch für den Ist-Zustand beantworten zu können, müssen wir schauen, wie hoch die Besteuerung von Kraftstoffen mit der gesenkten Energiesteuer ist. Bei Benzin sind das (einschließlich des CO<sub>2</sub>-Preises und der auf Energiesteuer und CO<sub>2</sub>-Preis berechneten Umsatzsteuer) 51,289 Cent. Davon abziehen muss man noch die Kosten des Autoverkehrs. Aber auch dort muss man aufpassen: Gerne werden alle staatlichen Ausgaben für Straßenbau und –unterhaltung hineinkalkuliert. Das ist

aber Quatsch, denn auch Busse, Handwerker, Polizei, Feuerwehr, Krankenwagen, Müllabfuhr, der LKW, der die Waren vom Güterbahnhof zum Supermarkt bringt, sie alle brauchen Straßen. Daher vertrete ich die Auffassung, dass lediglich die Kosten für eine zweite (und jede weitere) Spur gleicher Fahrtrichtung (sowie für die Autobahnen insgesamt) der Kraftstoffbesteuerung entgegengehalten werden können (abzüglich der LKW-Maut). Damit landet man bei ca. 202 € pro Tonne freigesetztes CO<sub>2</sub>. Also weit über den Zertifikatspreisen und weit über den Preisen, die für Wohnwärme und Warmwasser aufgerufen werden. Wenn also nichts gegen die Senkung der Energiesteuer spricht, was spricht denn eigentlich dafür? Abgesehen davon freilich, dass eine Steuersenkung grundsätzlich immer richtig ist. Es ist nach meiner Überzeugung Aufgabe des Staates, immer kritisch auf die Höhe der Steuern zu blicken – zu Recht fordern wir JuLis Sunset-Klauseln für Steuern – in Zeiten hoher Inflation muss dieser Blick aber besonders geschärft werden. Entsprechend ist die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe genau richtig, ebenso wie die Forderung nach einem Flächenmodell für die Grundsteuer.

Abschließend will ich sagen: Bleiben wir mutig! Stehen wir zu unseren Positionen und Erfolgen und verstecken wir sie nicht! Wenn wir wahrgenommen werden als die, die Politik machen für diejenigen, die morgens früh aufstehen, zur Arbeit fahren und ihren Dienst verrichten, dann trifft mich der falsche Vorwurf der Klientelpolitik nicht. Die temporäre Senkung ist ein Vorgeschmack auf das, was

richtig wäre: die dauerhafte Senkung. Ich bin überzeugt: Verstetigen wir die Senkung der Energiesteuer, das ist inhaltlich richtig, umweltpolitisch unschädlich und inflationspolitisch geboten.



**Philip Cierniak**

(26) studiert an der RWTH Aachen

Betriebswirtschaft, ist in Aachen JuLi-Kreisvorsitzender und Beisitzer im Landesvorstand. Verkehrspolitik bewegt ihn nicht nur kommunalpolitisch, daneben interessiert er sich besonders für wirtschafts- und finanzpolitische Fragen. Ihr erreicht ihn unter: philip.cierniak@julis.de

**Der 26.02.2022 war eine Zäsur für Europa. Der Angriffskrieg Putins hat uns alle schwer getroffen. Mit dem begonnenen Krieg hat Putin einen großen Bruch mit allen europäischen Werten vollzogen. Aus dieser Krise haben wir einen Umstand schwer lernen müssen: Die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas ist nicht mehr von der Hand zu weisen. Aus diesem Umstand folgt, dass unsere Versorgungssicherheit bedroht ist. Viele Güter werden immer teurer, darunter nicht zuletzt die Kraft-**



**stoffe. Ihr Preis befand sich Anfang März auf einem Rekordhoch von teilweise 2,30 € pro Liter. Für viele Menschen ist diese immense Steigerung nicht mehr bezahlbar. Die Ampel-Koalition hat gegen die hohen Preise den sogenannten Tankrabatt als Teil des zweiten Entlastungspakets verabschiedet. Das Werkzeug in dieser Maßnahme ist das Senken der Energiesteuer auf Kraftstoffe.**

Diese Milliardensubvention hat zwar gewirkt, aber nicht in dem Umfang, wie gewünscht. So war bei der Debatte im Bundestag das erklärte Ziel, den Benzinpreis wieder unter 2 € zu drücken. In der Praxis war eine kurzfristige Senkung der Preise spürbar. Mittlerweile ist die Senkung verpufft. Der Dieselpreis (Stand 20.02.2022) befindet sich wieder über dem Preis für Benzin, trotz einigermaßen stabilen Preisen des Rohöls innerhalb der letzten ein-einhalb Monate.

Wir sind alle bei den JuLis, weil wir die gleichen Ziele verfolgen: (viel) weniger Staat, mehr Individuum und Eigenverantwortung, dem Markt mehr Spielraum geben beziehungsweise die Freiheiten geben, die er braucht. Der Tankrabatt stellt eine immense Subventionierung für die Ölindustrie dar. Gerade hier müsste der Aufschrei doch groß sein. Nach den Subventionen während Corona bewirkt dies abermals einen Eingriff in die Freiheit des Wettbewerbs. Dieser Eingriff in den Markt und die damit verbundene Wettbewerbsverzerrung ist nicht hinnehmbar!

Gerade hier, in der Subventionierung, zeigt sich das sich grundsätzlich ändernde Bild in der FDP

vom Liberalismus und von der Freiheit. Wir müssen doch eigentlich einen anderen Weg gehen. Die Vergangenheit hat uns eine Sache ganz klar gelehrt: Der Staat kann es nicht besser als das Individuum. Ich frage mich, warum dann trotz dieser Vergangenheit der Fiskus immer größer, bürokratischer und mächtiger in den Entscheidungen wird? Und genau da müssen wir JuLis doch ansetzen. Lasst uns für weniger Staat und weniger Eingriffe in den Wettbewerb eintreten. Wir müssen den Liberalismus wieder mehr als notwendige und nicht nur hinreichende Bedingung ansehen!

Ein weiterer Aspekt ist der soziale Faktor. Das Individuum, das ein Auto hat und regelmäßig fährt, profitiert von dem Tankrabatt. Wenn ich allerdings kein Auto habe, kann ich auch nicht von den Milliarden an Steuergeldern lukrieren. Das heißt konkret, dass ich als Vielfahrer überdurchschnittlich profitiere, der Gelegenheitsfahrer aber nicht. Das heißt, der Hebel des Rabatts ist an dieser Stelle komplett falsch gesetzt. Wir brauchen, gerade wegen der großen Abhängigkeit von Russland, erst einmal eine Strategie, wie Deutschland Öl entweder einsparen oder die Zulieferer diversifizieren kann! So wie es gerade ist, kann es nicht weitergehen.

**Der Tankrabatt mag auf dem Papier eine gute Idee sein, im Sinne der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Praktisch sind es versteckte Subventionen, mit meinem Bild des Liberalismus nicht vereinbar und der falsche Ansatz, um das Kernproblem zu lösen!**



**Felix Abruszat (21)**

kommt aus Porta Westfalica und studiert in Osnabrück Musik. Zudem engagiert er sich leidenschaftlich für Liberalismus und Marktwirtschaft.

**STEUERSENKUNGEN  
JA!  
SUBVENTIONEN  
NEIN!**

# WINDENERGIE VS ARTEN- SCHUTZ

Der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen stehen oft viele Hürden im Rahmen der Planungs- und Genehmigungsverfahren entgegen. So dauert ein durchschnittlicher Genehmigungsprozess für eine Windkraftanlage in Deutschland in der Regel zwischen vier und fünf Jahren. Darüber hinaus ist die Quote von geplanten Vorhaben, welche jedoch an dem langwierigen Genehmigungsverfahren scheitern, mit ca. 30 % sehr hoch. Diese ungünstigen Voraussetzungen für Vorhabenträger könnten auch ein Grund dafür sein, warum in Deutschland in den letzten Jahren die Geschwindigkeit beim Ausbau von Windkraftanlagen abgenommen hat. So lag der Zubau an Leistung im Jahre 2021 bei 1.925 Megawatt (MW). Verglichen mit den Jahren 2014 oder 2017 ist dies ein Rückgang der neugewonnenen Leistung von über 50 % (2014: 4.700MW; 2017: 5.333MW). Insbesondere erscheint es sehr mühselig, den beschleunigten Ausbau der Windenergie mit dem Artenschutz in Einklang zu bringen, nicht zuletzt deswegen, weil die Biodiversitätskrise neben der Klimakrise nicht zu vernachlässigen ist und die Wahrung ökologischer Standards auch unionsrechtlich geboten ist. Jedoch besteht angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine eine gesteigerte Dringlichkeit für einen zügigen und rechtssicheren Ausbau der erneuerbaren Energien, darunter auch der Windenergie, um schnellstmöglich Unabhängigkeit von russischen Energieimporten zu erreichen. Mit dem Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes und des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, basierend auf dem Koalitionsvertrag und dem am 4. April 2022 veröffentlichten Eckpunktepapier zur „Beschleunigung des naturverträglichen Ausbaus der Windenergie an Land“, hat die Bundesregierung bereits einige Lösungsansätze vorgeschlagen. So

sollen unter anderem Landschaftsschutzgebiete als Flächen für den Windenergieausbau in angemessenem Umfang berücksichtigt werden (neuer § 26 Abs. 3 BNatSchG). Erreicht ein Land bzw. ein regionaler oder kommunaler Planungsträger die zu erfüllenden Flächenausweisungsziele nach dem Windflächenbedarfsgesetz nicht, sollen Windenergieanlagen innerhalb von Landschaftsschutzgebieten auch außerhalb von planerisch für die Windenergie ausgewiesenen Gebieten zugelassen werden können. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten einer Ausnahmeerteilung von den Schutzvorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten erweitert werden (neuer § 45b BNatSchG). Während bisher keine rechtlich verbindliche Grundlage existierte, wann ein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko vorlag, soll es nun präzise und bundeseinheitliche Listen für die betroffenen Vogelarten, die Vermeidungsmaßnahmen und die jeweiligen Abstände geben. Auch das Repowering soll vereinfacht werden, indem die Vorbelastung an den Standorten berücksichtigt und die Alternativenprüfung deutlich erleichtert wird (neuer § 45c BNatSchG). Gleichzeitig sollen Artenhilfsprogramme aufgesetzt werden, die den Schutz gefährdeter Arten stärken sollen und in die die Windenergiebetreiber einzahlen sollen, wenn sie in den Genuss der Ausnahmeregelung kommen (§ 45d BNatSchG).

**Ob dieser Gesetzesentwurf allerdings ausreicht, um die im Koalitionsvertrag verankerten ambitionierten Ziele, nämlich eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch auf mindestens 80 % bis 2030 und klimaneutrale Energieerzeugung bis 2035 zu erreichen, wird sich noch zeigen.**



# Werden die neuen gesetzlichen Regelungen beides in Einklang bringen können?

Nancy (27) und  
Moritz (26) aus  
Mönchengladbach



07

# 9-€-TICKET

„Die Modernisierung der Bahn  
verspätet sich um 5 Jahre, wir  
bitten um ihr Verständnis.“



Die Fakten hat vermutlich niemand verschlafen, aber wenn doch, hier nochmal die Kurzzusammenfassung: Seit dem 01.06. und noch bis zum 31.08. kann man ein ÖPNV-Monatsticket für 9 € erwerben, das jeweils monats-scharf gültig ist. Der Preis des neuen 9-€ Tickets gilt für alle, die es nutzen wollen, also auch für Ticket-Abonnet:innen, Studierende usw. Die Deutsche Bahn selbst gibt

an, bereits mehr als 6,5 Millionen Tickets verkauft zu haben. Dazu kommen die Tickets, die die einzelnen Verkehrsverbände verkaufen. Gerechnet wird laut dem Verband der Verkehrsunternehmen mit etwa 30 Millionen Nutzer:innen pro Monat.

Dass die Bahn daran scheitert, das Projekt vernünftig umzusetzen, ist seit Pfingsten offenkundig. Die Auslastungsspitzen führten dazu, dass einige Züge geräumt werden mussten. Stolz gibt die DB Region an, seit dem 01. Juni über 50 zusätzliche Züge eingesetzt zu haben. Es ist aber auch mutig gewesen, zu glauben, dass die Bahn das hätte hinbekommen können. Die Überfüllung der Züge bringt noch mehr Verspätungen mit sich, als geneigte Bahnfahrer:innen eh schon gewohnt sind.

## Aber können wir das nicht auch als Chance begreifen?

„Wir Junge Liberale möchten mehr Wettbewerb auf der Schiene ermöglichen.“ Das haben wir am 14.11.2021 in Erlangen auf unserem 63. Bundeskongress beschlossen. Wir fordern freien Markt für faire Preisbildung und bessere Qualität auf der Schiene.

Dass es bei den Schienen und Weichen großen Nachholbedarf gibt, sollte spätestens unter dieser besonderen Auslastung jedem bewusst werden. Und diese höhere Auslastung in der Ver-

kehrswende dauerhaft zu erreichen, wäre grundsätzlich sicher erstrebenswert. Wir Junge Liberale fordern zusätzlich die Digitalisierung der Schienen. Was an der Bahn verbessert werden muss: Infrastruktur und Betrieb gehören komplett getrennt. Die Infrastruktur ist Kernaufgabe des Staates und deswegen sollen Netz und Bahnhöfe weiterhin in staatlicher Hand bleiben, während der Betrieb privatisiert werden muss. Vielleicht erkennen das durch das 9-€-Ticket ja auch andere.

Sina Behrend (21),  
[sina.behrend@julius.de](mailto:sina.behrend@julius.de)







**SIE BENÖTIGEN  
EINE NEUE  
WEBSITE FÜR ...**

**... IHREN VERBAND?  
... IHREN KANDIDATEN?**

**BEISPIELE UNTER [WWW.FDPWEBSERVER.DE](http://WWW.FDPWEBSERVER.DE)**



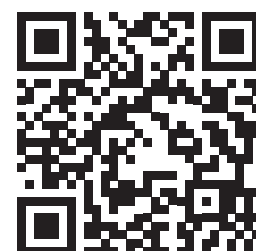
# thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u. a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen, wie z. B. Tischaufsteller, Visitenkarten u.v.m. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit, bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Website!

**Ihr Shop für Junge Liberale Werbemittel**





## WER BRAUCHT SCHON PREISE? EINE HYMNE AUF DAS 9-€-TICKET oder ein Nachruf für liberale Ordnungsprinzipien

Endlich! Das 9-€-Ticket ermöglicht mir beinahe kostenlose Ausflüge in die Provinzstädte, wo ich schon immer einmal hinwollte, ist mittelbar auch gut fürs Klima und ist sogar so toll, dass die Ersten es heute (im Juni) schon wieder verlängern wollen. Ganz nebenbei pumpt der Staat 2,5 Milliarden Euro in den Markt, die Geldmenge kann schließlich nie hoch genug sein. Eine wirklich großartige Idee!

Die unmittelbaren Folgen für den ÖPNV waren ein voller Spaß, für jeden, der Anfang Juni mal Bahn fahren wollte: Wenn man sich durch die Menschenmengen am Bahnhof im Zick-Zack-Kurs gedrängt hatte und den letzten Stehplatz zwischen Tür und WC ergattert hat, konnte man die stundenlange Fahrt mit einigen ungeplanten Halten mitten auf der Strecke neben Junggesellenabschieden und Fußballmann-

schaften genießen. Geruchssinn und Hörempfindlichkeit hat man sowieso lieber zuhause gelassen. Was für ein Spaß!

Auch aus ordnungspolitischer Sicht kann man diesen politischen Coup nur loben. Die Bahn, die sowieso wenig mit marktwirtschaftlichen Prinzipien zu tun hat, braucht im Nahverkehr nun nicht einmal mehr Preise benutzen, die irgendwie das Verhältnis von Angebot und Nachfrage und auch sonst ganz nützliche Informationen beinhalten. Ich meine, was soll da schon schiefgehen, wenn der Staat zeigt, dass man Preise eigentlich gar nicht braucht? Tolle Aussichten!

Und wo wir bei den ordnungspolitischen Prinzipien sind, kommen wir weg von der Ironie hin zur spannenden Theorie. Natürlich kann man das Ticket

# 08 CONTI





Bildnachweis: stock.adobe.com/Scamrail

wegen des Gießkannenprinzips, wegen der fehlenden Praktikabilität auf dem Land, der fehlenden Grundinvestitionen in den ÖPNV und der Kurzfristigkeit kritisieren. All das sind aber nur Nebenkriegsschauplätze. Denn das 9-€-Ticket widerspricht einem Grundsatz der liberalen Ordnungspolitik: dem Preisprinzip.

Friedrich August von Hayek beschrieb die Besonderheit der Marktwirtschaft einmal wie folgt: „Dass in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform.“

Dieser enorme Wissensvorteil, den die Marktwirtschaft gegenüber anderen Systemen hat, manifestiert sich in den frei gebildeten Preisen. Diese enthalten eine diverse Menge an verschiedensten Informationen, die weitaus mehr als das Verhältnis von Angebot und Nachfrage aussagen, wenn gleich dies die wichtigste Information bleiben mag. Freie Preise zeichnen die Marktwirtschaft aus und bleiben wichtigster Indikator. Das 9-€-Ticket verhöhnt dieses Prinzip.

Zweifelsohne muss man die Menschen in der derzeitigen Situation (aber auch sonst) entlasten. Wer aber echte Entlastung will, kann mal probieren, sich für die Flattax auf die Straße zu kleben, freitags für freie Währungen auf die Straßen gehen oder den Staat zum Sparen anmahnen. Die Preisbildungen sollte man jedenfalls in Ruhe lassen!

**Torben Hundsdörfer (18)** ist einer der Chefredakteure des Julimagazins, Bezirksprogrammatiker in OWL und liebt Bücher, Kaffee, Hayek, Wein und Tatort. Ihr erreicht ihn unter: [torbenhundsdoerfer@julis.de](mailto:torbenhundsdoerfer@julis.de)



## IMPRESSUM

### **Chefredaktion/V. i. S. d. P.**

Chefredaktion Sina Behrend, [sina.behrend@julis.de](mailto:sina.behrend@julis.de) und Torben Hundsdörfer, [torbenhundsdoerfer@julis.de](mailto:torbenhundsdoerfer@julis.de)

### **Redaktion:**

Felix Abrusatz, Marc Bauer, Sina Behrend, Torben Hundsdörfer, Alexander Kobuss, Moritz Mittendorf, Nancy Pyplok, Alexander Stepanov, Tim Schütz, Ashad Schefah, Philip Cierniak

### **Herausgeber und Verlag**

Junge Liberale Landesverband NRW e. V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon (0211) 4925185, [julimagazin@julis-nrw.de](mailto:julimagazin@julis-nrw.de)

### **Fotos**

[photocase.com](https://www.photocase.com/)/Adobe Stock

### **Gestaltung**

BTW MARKETING, [www.btw-marketing.com](http://www.btw-marketing.com)

### **Lektorat**

Marion Krobb

### **Druck**

frames GmbH, Essen  
Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.





## Liebe JuLis,

Ursula von der Leyen plant den nächsten Angriff auf die digitalen Freiheiten in der EU! Geht es nach der Kommission, werden bald alle Chats von Millionen EU-Bürgern automatisch überwacht. Das digitale Briefgeheimnis wäre damit tot!

Doch nicht nur das. Der Vorschlag sieht auch eine europäische Big-Brother Agentur vor, die Unternehmen Schnüffelsoftware bereitstellen soll. Gleichzeitig müssten App-Stores in Zukunft das Alter jedes Nutzers erfassen und Minderjährigen den Zugriff auf Apps verbieten, bei denen die Gefahr besteht, dass Erwachsene Kinder illegal anschreiben könnten. Damit wären WhatsApp, Instagram, TikTok und Co. in Zukunft für Jugendliche in Europa verboten.

Anstatt die abscheulichen Verbrechen des Kindesmissbrauchs mit einem unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte aller EU-Bürger zu bekämpfen, wäre es besser, deutlich mehr in die Ausstattung der Polizei, der europäischen Polizeibehörde Europol und in die zwischenstaatliche Zusammenarbeit der Behörden zu investieren. Auch die Jugendämter müssen besser kooperieren und in konkreten Verdachtsfällen endlich konsequenter handeln.

Und vor allem müssen Darstellungen von Kindesmissbrauch endlich konsequent gelöscht werden. Auch hier Versagen die Behörden derzeit.

Auf dem letzten JuLi-Bundeskongress habt ihr einstimmig beschlossen, die Chatkontrolle abzulehnen. Das ist ein starker Rückenwind für meinen Kampf im Parlament gegen diese Massenüberwachung. Auch unsere liberalen Bundesminister haben sich bereits gegen dieses Vorhaben positioniert.

Wir müssen jetzt gemeinsam unsere Bürgerrechte im Netz verteidigen!

Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt, könnt ihr mich jederzeit per E-Mail unter [moritz.koerner@europarl.europa.eu](mailto:moritz.koerner@europarl.europa.eu) erreichen.

Viele Grüße,

Euer Moritz Körner MdEP

Mitglied im Präsidium der FDP

